

Gerhard Vinnai

Zur Wahrheit rechter Wahnwelten. (2020)

Im Kampf gegen rechtsradikales politisches Denken sind dessen Gegner bestrebt, seine Realitätsverzerrungen und seine fatalen Folgen sichtbar zu machen und bestehende politische Institutionen als demokratische gegen seine Vertreter zu verteidigen. Das ist sicherlich notwendig, aber dabei wird leicht übersehen, dass rechte Ideologien, auch wenn sie Züge wahnhafter Realitätsverkennungen zeigen, insgeheim trotzdem auf eigentümlich verkehrte Art Beziehungen zu Wahrheiten haben können, welche ihren Anhängern und Gegnern nicht ins Bewusstsein treten. Rechtes Denken ist meistens kaum auf Wahrheit, sondern vor allem auf Propaganda zur Gewinnung von Macht ausgerichtet. Seine Vertreter verfügen üblicherweise kaum über ein entwickeltes theoretisches Bewusstsein, ihr Denken ist meist um vage, emotional aufladbare Begriffe wie Deutsch, Heimat, Überfremdung, Disziplin oder Treue zentriert, die eine präzise Erkenntnis der Realität blockieren. Wo rechtes Denken zutreffende Informationen zur Kritik bestehender sozialer Realitäten in sich aufnimmt, erhalten diese Informationen, in Verbindung mit dem irrationalen Kern des Denkens, eine fragwürdige Bedeutung. Aber trotz seiner irrationalen Züge, die mit politischen Glaubenssätzen verbunden sind, ist seine Kritik des Bestehenden nicht einfach sinnwidrig, sie kann einen geheimen, ernst zu nehmenden Sinn enthalten, den es zu entschlüsseln gilt. Das rechte Denken weist auf fragwürdige Art auf gerne verleugnete Missstände der Gesellschaft hin, die es auf verzerrte Art zum Ausdruck bringt. In ihm können in verstellter, verkehrter Form Elemente der Wahrheit enthalten sein, die Wahrheit kann in ihnen auf verkrüppelte Art aufscheinen. Darauf möchte der folgende Text anhand einiger Beispiele hinweisen.

Das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus - nach den Schrecken der Epoche des Faschismus - wurzelt keineswegs nur in einer unbewältigten Vergangenheit, sondern vor allem auch in Krisentendenzen der gegenwärtigen westlichen Gesellschaft. In ihm schlagen sich deren ökonomische, politische und kulturelle Probleme nieder, die mit einer vom Kapitalismus gestifteten Globalisierung, einer wachsenden sozialen Ungleichheit oder der Unfähigkeit der gegenwärtigen politischen Systeme wesentliche soziale Fragen zu lösen verbunden sind. Der Rechtsradikalismus bringt diese Probleme in seinen Erscheinungsformen in der Art von Symptomen zum Ausdruck. Sigmund Freud hat sichtbar gemacht, dass sich in den Symptomen seelischer Erkrankungen eine misslingende Verarbeitung der Vergangenheit und der Gegenwart von Individuen zum Ausdruck kommt. Die Symptome psychischer Störungen bringen ihm zufolge die schmerzlichen Geheimnisse der Psyche zum Ausdruck, die sein Träger nicht zu erkennen und deshalb nicht sinnvoll zu bearbeiten vermag, die aber mithilfe einer psychologischen Therapie sichtbar gemacht werden können. Das Symptom kann demzufolge als eine Art Zeichen oder eine Art Schrift verstanden werden, das auf die hinter ihm liegenden unbewussten seelischen Probleme verweist. Auf unterschiedliche und zugleich verwandte Weise kann man argumentieren, dass der Rechtsradikalismus einer

Wahnwelt gehorcht, die in Gestalt einer Art von Symptomen Krisentendenzen der gegenwärtigen Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Diese Wahnwelt weist auf gerne verleugnete Seiten der bestehenden Gesellschaft hin; ihr geheimer Gehalt sollte im Interesse ihrer Überwindung entschlüsselt werden.

Demokratische Defizite und Autoritarismus

Die radikale Rechte wirft dem bestehenden politischen System vor, den Willen des Volkes nicht angemessen zum Ausdruck zu bringen. Sie propagiert meistens, auch wenn sie mehr Mitsprache für das Volk fordert, offen oder insgeheim die autoritäre Überwindung dieses Systems, die Führerfiguren mehr Macht verleihen soll, damit sie den Willen des Volkes kraftvoller repräsentieren können als das bestehende parlamentarische System. Die radikale Rechte strebt, damit verbunden, eine Einschränkung von Freiheitsrechten und eine verstärkte Entmündigung der Bürger an. Ihre Anhänger geben sich heute meistens nicht mehr offen als Anhänger eines faschistischen Führerprinzips aus, sondern bekämpfen Anhänger anderer politischer Richtungen, vor allem Vertreter linker Positionen, als Antidemokraten, denen man mit Härte das Handwerk legen sollte. Sie propagieren also eigene, scheinbar demokratische Einstellungen mit dem Ziel, anderen die Vertretung ihrer politischen Positionen zu verwehren, und verletzen damit die Regeln der Demokratie.

Gegen die antidemokratische Rechte verteidigen die Vertreter der etablierten politischen Parteien die Demokratie in Gestalt der parlamentarischen Demokratie, deren Teil sie sind. Als Demokratie gilt in unserer Gesellschaft eine parlamentarische Demokratie, bei der das Volk, vermittelt über gewählte Parlamente, an politischen Entscheidungen teilhat. Aber genau genommen kann man beim westlichen politischen System nicht von einer parlamentarischen Demokratie sprechen, deren Anspruch zufolge das Parlament ein Ort sein müsste, an dem nach gründlichen öffentlichen Diskussionen zentrale politische Entscheidungen getroffen werden. In der Praxis der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie ist aber das Parlament meistens nur ein Ort, an dem anderswo getroffene Entscheidungen veröffentlicht und propagandistisch legitimiert werden. Wesentliche politische Entscheidungen werden außerhalb des Parlaments, unter dem Einfluss von Interessengruppen bzw. ihren Lobbyisten, oder von der Ministerialbürokratie getroffen, ohne dass die politische Entscheidungsfindung für die Öffentlichkeit transparent ist. Politische Entscheidungen verschieben sich immer mehr vom Parlament auf wirtschaftliche Machtgruppen, die weitgehend undurchschaubar und demokratisch unkontrolliert ihren Einfluss in der Sphäre der Politik geltend machen können. Das demokratische Potential unserer Gesellschaft ist heute oft weniger bei gewählten Parlamenten als bei „zivilgesellschaftlichen“ Zusammenschlüssen oder einer Minderheit kritischer Journalisten angesiedelt, die Missstände aufdecken.

Ökonomische Strukturen und Prozesse, die das politische Handeln im Hintergrund entscheidend bestimmen, und auch die Prozeduren der Entscheidungsfindung, die in der Sphäre der Politik wirksam werden, sind für den Normalbürger kaum durchschaubar. Dies nicht nur, weil das Verstehen politischer Abläufe einiges theoretisches Wissen verlangt, sondern auch, weil die Mächte, die insgeheim die Politik bestimmen, aus eigenem Interesse oft das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Wo solchermaßen politische Prozesse schwer verständlich sind, führt das dazu, dass sie simplifizierend mit dem Erklärungsmuster der

Personalisierung interpretiert werden. Wo man politische Entscheidungsstrukturen nicht durchschauen kann, macht man dann das, was in der Sphäre der Politik geschieht, einseitig und verkürzt vom Willen und den Fähigkeiten von Politikern abhängig, obwohl diese sehr weitgehend in soziale Strukturen und Interessenlagen eingespannt sind, die ihr Handeln festlegen. Politik scheint damit vor allem von der Persönlichkeitsstruktur von führenden Politikern abhängig zu sein. Wenn sie einem nicht gefällt, rechnet man das schlicht deren schlechtem Charakter oder deren Dummheit zu. Die Wahlwerbung, die Berichterstattung des Fernsehens und der sozialen Medien orientieren sich meistens an solchen Personalisierungen und verstärken sie dadurch. Dies führt in Krisenzeiten zur Verachtung von Politikern und dem Wunsch nach einen starken Mann, der endlich wieder Ordnung in den politischen „Laden“ bringen kann, wobei die Einflussmöglichkeiten von Einzelnen überschätzt und die Rolle von gesellschaftlichen Strukturen unterschätzt wird. Die rechte Politik ist solchen Personalisierungen auf besondere Weise verfallen. Ihr Hass gilt Frau Merkel, einer Art böser Mutter, von der sich ihre früheren Anhänger verraten fühlen, ihr Wunsch zielt auf machtvolle männliche Führerfiguren, die in der Lage sind, trotz aller sozialen Zwänge „das Ruder herum zu reißen“.

Die Vertreter des Bestehenden verteidigen demgegenüber gegen die Rechten die vorhandenen staatlichen Institutionen als Verkörperung demokratischer Prinzipien. Sie tabuisieren dabei gerne, dass die vorhandenen politischen Institutionen durchaus durch einen Mangel an demokratischen Mitspracherechten bestimmt sein können, auch wo sich, im Umgang mit diesen Institutionen, Elemente einer demokratischen Kultur entwickeln konnten. Die Demokratie erscheint so meistens eher als ein zu befolgendes politisches, rechtlich abgesichertes Regelwerk als eine zu entwickelnde Lebensform. Wo das Bestehende aber als „die Demokratie“ akzeptiert werden soll, kann das notwendige Forderungen nach mehr Demokratie blockieren. Es kann auch eine Abkehr von demokratischen Idealen mit sich bringen, wenn das Existierende unkritisch als ihre Verkörperung akzeptiert werden soll, obwohl es durchaus Schattenseiten aufweist, die ihnen nicht entsprechen.

Worin besteht eigentlich die viel gerühmte demokratische Substanz unserer Gesellschaft, wenn zentrale Institutionen in ihr nicht demokratisch verfasst sind? Private Wirtschaftsbetriebe, die das Leben von vielen sehr weitgehend bestimmen, beanspruchen keineswegs, demokratisch organisiert zu sein. Die Katholische Kirche, die einflussreichste christliche Kirche, ist nicht demokratisch verfasst, sie ist, auf ein päpstliches Zentrum ausgerichtet, autoritär verfasst. Reiche verfügen über sehr viel mehr soziale und politische Gestaltungsmöglichkeiten als Arme. Frauen sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen gegenüber Männern benachteiligt. An den Universitäten bringt eine zunehmende Einschränkung studentischer Freiheiten und Mitspracherechte den Geist der Kritik und das selbsttätige Engagement zum Verschwinden. Sie werden immer mehr der Anpassung an zukünftige berufliche Zwänge bzw. den Interessen der Wirtschaft geopfert. Sicherlich darf man in unserer Gesellschaft seine politische Meinung recht offen äußern, was einer zentralen Forderung der Demokratie entspricht, aber welchen Einfluss diese Meinung hat und ob sie dem Geist der Aufklärung verpflichtet ist, ist eine ganz andere Frage. Die wirtschaftliche Freiheit hat sich in unserer Gesellschaft, die vom Kapitalismus geprägt ist, in vielen Bereichen auf die Freiheit des Konsums reduziert, die es erlaubt, sein Geld in der Freizeit

unterschiedlich auszugeben, welches zugleich auch noch sehr unterschiedlich verteilt ist. Die enorme Konzentration ökonomischer Macht schließt in Deutschland die übergroße Mehrheit der Bevölkerung vom Besitz an Wirtschaftsunternehmen und damit von zentralen wirtschaftlichen Entscheidungen aus. Wo aber das Bestehende als „die Demokratie“ oder „die freie Gesellschaft“ verteidigt wird, verleugnet man, dass die Demokratie immer nur eine vor uns liegende Aufgabe sein kann. Sie muss, um sich zu erhalten, ständig weiter entwickelt und ausgebaut werden. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde eine solche Position noch von Vielen vertreten. In der Ära Willy Brandts verbreitet die SPD die Parole „Mehr Demokratie wagen“, die Demokratie erschien ihr also als eine noch nicht erledigte Zukunftsaufgabe. Was bedeutet es und was hat es für Konsequenzen, dass die Demokratie heute vor allem in Gestalt des bestehenden Politikbetriebs verteidigt werden soll?

Rechte Gruppierungen leben nicht nur von ihren eigenen undemokratischen Einstellungen, sie leben vor allem auch von den undemokratischen Potentialen unserer Gesellschaft, die diese begünstigen. Ihre Politik ist in Vielem nicht nur gegen das Bestehende gerichtet, sie bringt zugleich auch dessen Schattenseiten auf fatale Art zum Ausdruck. Niemand kommt mit rechten politischen Einstellungen auf die Welt, ihre Akzeptanz ist mit schmerzlichen lebensgeschichtlichen Niederlagen verbunden, die diese Niederlagen auf prekäre Art zu kompensieren versprechen. (siehe hierzu Gerhard Vinnai: Hitler-Scheitern und Vernichtungswut. Zur Genese des faschistischen Täters, 2004) Rechte sehen sich meist als Opfer, die es denen heimzahlen wollen, denen sie die Schuld an ihrer Misere zuschreiben. Die narzisstischen Kränkungen, die sie in Verbindung mit der Erfahrung lebensgeschichtlichen Niederlagen zu erdulden hatten, wollen sie ungeschehen machen, indem sie sich, identifiziert mit dem Phantasma des machtvollen guten Deutschen, über andere erheben wollen. Die rechte Politik soll nicht zuletzt einer narzisstischen Aufrüstung dienen, indem sie ihren Anhängern erlaubt, sich mit dem Wunschbild eines idealisierbaren nationalen Kollektivs zu identifizieren.

Pressefreiheit und „Lügenpresse“

Die rechte politische Propaganda bekämpft eine nach ihrer Ansicht korrumpierte, einseitig informierende und von Linken beherrschte Medienlandschaft. Sie greift damit verbunden offen oder verdeckt die Pressefreiheit an, die zum Kern der Demokratie gehört. Ihre rabiate Kritik gilt der Tatsache, dass die meisten Medien ihre Ideologien nicht teilen oder sogar bekämpfen. Sie gilt den für sie bedrohlichen Wahrheiten und der Vielfalt von Lebensformen, auf die ein kritischer liberaler Journalismus hinzuweisen vermag. Die Wut von Rechten richtet sich gegen Intellektuelle, die auf schlimme Zustände hinweisen, welche sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen und mit denen sie sich zugleich bewusst oder unbewusst identifizieren. Schuld am Schlechten sind für sie gerne diejenigen, die dieses aufzeigen, und nicht die, die es verursacht haben. Die Realitätsinterpretationen von Anhängern der politischen Rechten entspringen einer Angst vor sozialen Veränderungen, die den von ihnen vertretenen autoritären Lebensstil in Frage stellen, sie dienen der Abwehr von Einstellungen, denen man sich psychisch nicht gewachsen fühlt. Die Angst vor einer Zukunft, die von drohenden Katastrophen bestimmt erscheint, die von finsternen sozialen Mächten in Gestalt

von Fremden der verschiedensten Art verursacht werden, geht in die emotionale Tönung ihres Weltbildes ein.

Die von linken oder liberalen Medien verbreitete Gesellschaftskritik löst bei Rechten eine Angst vor einer offenen Gesellschaft und der von ihr geforderten psychischen Öffnung gegenüber dem Fremden aus. Aber ihre verdrehte Kritik gibt auch indirekt einen Hinweis darauf, dass mit der bestehenden Medienlandschaft etwas nicht stimmt, dass nämlich die vorhandene Organisation der Massenmedien deren Funktion in Frage stellt, eine kritische demokratische Öffentlichkeit herzustellen. Der von der Rechten auf demagogische Art benutzte Ausdruck „Lügenpresse“, mit dem wohl auch die eigene Tendenz zur Unwahrheit auf den Gegner projiziert zum Ausdruck kommt, sollte man nicht dadurch konterkarieren, dass man den vorhandenen Medien generell eine Liebe zur Wahrheit attestiert. Die Medienlandschaft ist als privatwirtschaftlich organisierte meistens eng mit machtvollen privaten Interessen verbunden, die sich in der Berichterstattung niederschlagen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind weniger von privaten Interessen abhängig, aber sie können sich dem Einfluss machtvoller etablierter politischer oder sozialer Organisationen kaum entziehen. Die Medien stehen üblicherweise unter dem Zwang, ständig nach einer möglichst großen Zahl von Konsumenten zu schießen, die eher unterhalten als aufgeklärt werden wollen. Eine enge Bindung von Medien an die Warenwerbung, durch die sie weitgehend finanziert werden, die nicht an der Aufklärung über beworbene Produkte, sondern primär an deren manipulativ orientierten Vermarktung interessiert ist, schädigt das Interesse an der Suche nach Wahrheit. Wo sind Massenmedien heute imstande, sich dem Einfluss der Werbung bzw. ihrer Auftraggeber zu entziehen, die ihre Ästhetik und ihre Sprache der Gesellschaft weitgehend aufzwingt? Die Wahlwerbung der politischen Parteien ist längst den Gesetzen der Warenwerbung verfallen, die Bürger zu Anhängern des eigenen Lagers machen soll, anstatt sie über politische Sachverhalte gründlich aufzuklären. Die Warenwerbung, die immer mehr das kulturelle Klima bestimmt, ist eine zentrale Schule der Desinformation, der Produktion von „Fake News“. Für sie zählt der Erfolg beim Warenabsatz oder der Erlangung von Einfluss, aber nicht die Verbreitung von wesentlichen Informationen.

Es ist, zusammengefasst, durchaus nötig, die vorhandene Organisation der Massenmedien nicht einfach als Ausdruck einer Durchsetzung der Meinungs- und Informationsfreiheit zu verteidigen, auch wenn eine Minderheit von kritischen Journalisten der Demokratie sehr wichtige Dienste leistet, sondern darüber nachzudenken, wie die Bedrohung der Meinungsfreiheit durch eine Veränderung ihrer Organisationsformen abgewehrt werden könnte. Das verlangt nicht ihre reglementierende Einschränkung, wie sie der Rechten vorschwebt, sondern ihre demokratische Öffnung zur Gewinnung neuer Einsichten und neuer sozialer Horizonte.

Sehnsucht nach Heimat

Zum Kern des rechten Bewusstseins gehört die besondere Betonung der Heimat als Wert, die von „fremden Mächten“, vor allem in Gestalt von Asylanten, Muslimen, Schwarzen oder Juden bedroht wird. Ein sich als aufgeklärt verstehendes Bewusstsein betont demgegenüber gerne, dass die Fixierung den Begriff Heimat problematische Züge aufweist, die eine notwendige Offenheit gegenüber Menschen aus anderen Kulturen, blockiert. Eine soziale

Initiative, die einige Unterstützung gefunden hat, forderte deshalb: „Solidarität statt Heimat“. Eine derartige bloße Ablehnung des Wunsches nach Heimat ist aber nicht zureichend.

Zur kritischen Einstellung gegenüber dem Bestehenden gehört sicherlich die Fähigkeit es auszuhalten, dass das Bestehende es nicht zulässt, dass die meisten Menschen sich in ihm in einem emphatischen Sinn zu Hause fühlen können. Die Kälte der Ökonomie, die Zerstörung und Verschandelung der Umwelt oder die soziale Anonymität lassen es an vielen Orten kaum zu, dass man dort eine besondere heimatliche Geborgenheit erleben kann. Die Glorifizierung der eigenen Heimat dient meist vor allem einer seelischen Winterhilfe in einer kalten Welt, auch wenn es das positive Erleben vertrauter Menschen in einer „Heimatstadt“ oder von „heimatlichen“ Landschaften an guten Tagen geben kann. Zu akzeptieren, dass man in der bestehenden Welt nicht wirklich zu Hause zu sein vermag, kann eine Voraussetzung dafür sein, dass man sich darum bemüht, dass die Welt zumindest etwas heimatlicher wird.

Der Heimatbegriff hat aber, trotz seiner problematischen Züge, durch die Bestehendes bzw. seine Vergangenheit mit Hilfe von Wunschbildern schön geredet werden, auch eine utopische Dimension, die es ernst zu nehmen gilt. Er enthält ein Versprechen, für dessen tendenzielle Verwirklichung man sich sinnvollerweise einsetzen kann, auch wenn dieses nie ganz zu erfüllen ist. Auf diese utopische Dimension des Heimatbegriffs hat Ernst Bloch am Ende seines Werkes „Das Prinzip Hoffnung“ hingewiesen. Dort heißt es: „Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“ (Bloch 1967, S.1628) Die Sehnsucht nach heimatlicher Geborgenheit entsteht, psychologisch betrachtet, in der Kindheit, verbunden mit dem Wunsch, in der Nähe guter Elternfiguren Sicherheit und Geborgenheit zu finden. Sie ist der Psyche nie ganz auszutreiben und wirkt zumindest im Unbewussten fort. Es ist eine Aufgabe kritischer Einstellungen, dieses Wünschen, dem nie völlig zu entkommen ist, in Verbindung mit einem aufgeklärten Bemühen um Veränderung zu einer Kraft werden zu lassen, die mehr Wärme in die Welt bringen kann. Eine fortwirkende kindliche Wunschwelt kann zu einer die eigene lebensweltliche Realität auf fatale Art verklärenden „Heimatduselei“ führen, die der eigenen narzisstischen Aufwertung dient, sie kann aber auch zu einer Kraft werden, die, in Verbindung mit einem nüchternen aufgeklärten Bewusstsein, auf die Verbesserung der Realität im Sinne der Erweiterung menschlicher Möglichkeiten drängt.

Der Wunsch nach Heimat kann den Wunsch transportieren, gesellschaftliche Fremdbestimmung zu überwinden und soziale Orte zu erleben, die man gemeinsam mit anderen den eigenen Bedürfnissen entsprechend gestalten kann. Dazu bedarf es der Beschäftigung mit der Frage, unter welchen sozialen Verhältnissen Menschen mehr „zu Hause“ sein könnten als es heute üblich ist. Das beinhaltet zum Beispiel die Frage, wie Bürger mehr Teilhaberechte an kommunalen Entscheidungsprozessen erlangen könnten: Wie kann der Verkehr, der heute vor allem autofreundlich organisiert ist, menschenfreundlicher gestaltet werden? Wo benötigt man öffentliche Räume, die nicht von privaten Interessen, vor allem solchen kommerzieller Art, besetzt werden? Wo gibt es Freiräume, in denen Kinder und Jugendliche ihre seelischen und körperlichen Potentiale gemeinsam entwickeln können? Wo

und wie kann gemeinsames Eigentum, als gemeinsames Eigentum eines sozialen Verbandes, wie es etwa in früheren Epochen in Gestalt einer Allmende vorhanden war, Menschen in der Lebenspraxis enger miteinander verbinden? Wie könnten Wohneinheiten oder Gärten, in Gegenmodellen zu privaten Eigenheimen und Grundstücken, die Menschen leicht voneinander isolieren, gemeinsam gestaltet werden? Wie viel Gleichheit verlangt, trotz aller Differenzen zwischen Menschen, ein Gemeinwesen, in dem sich Menschen solidarischer vereinigen können?

Eine gemeinsame Gestaltung von Realität, die mehr Heimat stiften könnte, kann durchaus einschließen, dass zugereiste Menschen aus fremden Ländern an ihrer Gestaltung beteiligt sind. Das ist notwendig, damit ein Gemeinwesen lebendig bleibt und nicht an seiner Enge erstickt. Zu einem gelingenden Gemeinwesen gehörte schon immer die Gastfreundschaft, die es erlaubt, durch den Kontakt mit Fremden den eigenen Horizont zu erweitern. Die „Heimatsschwärmer“ wollen meistens das Eigene gegenüber fremden Einflüssen abschirmen, aber das Bemühen um das Eigene kann nur lebendiger machen, wenn es in ein Spannungsverhältnis zum Streben nach einer Weltbürgerlichkeit gesetzt wird, das bereit ist, eigene Traditionen mit solchen aus anderen Kulturen zu konfrontieren und dabei eventuell von ihnen zu lernen. Es gibt kein angemessenes Bewusstsein des Eigenen ohne dessen Konfrontation mit dem Anderen. Außerdem kann man nicht nur an seinem Geburtsort oder seinem Wohnort, sondern auch anderswo - selbst in der Fremde - Heimat finden.

Die Rechte beansprucht, in einer konservativen Perspektive, überkommene Traditionen von Gemeinwesen für die Gegenwart zu retten. Wenn dies in einer kritischen Perspektive und nicht im Rahmen eines nationalistischen Horizonts geschieht, kann es sehr sinnvoll sein, sich gründlich mit der historischen Vergangenheit zu beschäftigen, wenn dabei deren Schattenseiten nicht verschwiegen werden. Überkommenes, das zum Untergang verurteilt wurde oder davon bedroht ist, kann neu interpretiert und gestaltet durchaus der Bereicherung der Gegenwart dienen. Die kapitalistische Entwicklung tendiert dazu, überkommene Traditionen niederzuwalzen, in denen Menschen bisher gelebt haben, ohne dabei zu trennen, was sinnvoller Weise beiseite geschafft werden kann und was es eigentlich verdient bewahrt zu werden. Es kann deshalb durchaus notwendig sein, mithilfe der differenzierten Aufarbeitung des Überkommenen manches von ihm zu retten, um die Gegenwart zu bereichern.

Falsche Fronten und Konfliktverschleierung

Rechte Weltbilder haben ihre Bedeutung einerseits an sich, als bestimmte politische Anschauungen, die gegen das Bestehende gerichtet sind, sie sind andererseits aber zugleich auch ein Element des Bestehenden, sie bringen auf verdrehte Art dessen Schattenseiten zum Ausdruck. Der Kampf gegen die radikale Rechte ist selbstverständlich entschieden zu führen, wo diese die Grundrechte anderer zu verletzen bestrebt ist, wo sie rassistische Positionen vertritt, wo sie demokratische Entscheidungsprozesse sabotieren will oder zur Durchsetzung ihrer Ziele vor Gewalt nicht zurückschreckt. Aber der Kampf gegen sie kann nicht nur darin bestehen, sich entschieden gegen ihre Vertreter, Organisationen und politischen Ideen zur Wehr zu setzen, er muss auch die sozialen Ursachen bekämpfen, die rechtsradikale Einstellungen hervorbringen. Diese Ursachen tauchen in ihrer Propaganda auf, wenn auch

zumeist nur, wie oben dargelegt wurde, auf völlig verdrehte Art. Wo rechte Politiker bloß als das Böse bekämpft werden und nicht die sozialen Ursachen ihres Einflusses ins Visier geraten, kann der Kampf gegen sie auf Dauer nicht erfolgreich sein. Es besteht dabei auch die Gefahr, dass man eigene aggressive Regungen, die verleugnet werden, so auf sie zu projiziert, dass man z. B. alle Anhänger der AfD pauschal zu potentiellen Gewalttätern erklärt, was eine vielleicht mögliche produktive Auseinandersetzung mit manchen von ihnen unmöglich macht.

Die etablierten politischen Parteien haben sich auf eine Art Bündnis zur Abwehr der Rechten geeinigt, das allerdings, wie politischen Zustände in Thüringen gezeigt haben, brüchig werden kann. Ein solcher Zusammenschluss kann zur Verteidigung demokratischer Positionen sehr wichtig sein, er kann aber auch dazu beitragen, Elemente des Bestehenden, die rechte Tendenzen begünstigen oder begünstigt haben, der Kritik zu entziehen, an die die etablierten Mächte durch ihre Politik selbst beteiligt sind. Die Parteien, die in letzten Jahrzehnten in Deutschland an der Macht waren, haben soziale Verhältnisse mit zu verantworten, die den Aufstieg der Rechten begünstigt haben. Dass zum Beispiel die Rechte in der früheren DDR besonders stark ist, hat nicht zuletzt mit der Art der deutschen Wiedervereinigung zu tun, die die im Wesentlichen von allen etablierten Parteien unterstützte westdeutsche Politik organisiert hat, durch welche sich Menschen aus der früheren DDR zu Bürgern zweiter Klasse erklärt fühlten.

Ein auf beschränkte Art geführter Kampf gegen die Rechte verweist auf eine Perspektivlosigkeit der etablierten Parteien, die es ihnen nicht erlaubt, die sozialen Ursachen des Aufstiegs der Rechten gründlich zu analysieren und zu bekämpfen. Viele, vor allem Linke, definieren sich heute politisch geradezu dadurch, dass sie sich als Kämpfer gegen die Rechte identifizieren, anstatt fantasievoller und energischer für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen. Indem man sich gegen die Rechten als Demokrat identifiziert, kann man verleugnen, dass einem Konzeptionen und die Macht fehlen, notwendige soziale Veränderungen durchzusetzen. Wo man sich nicht mehr zutraut, die Realität gründlich in einer demokratischen Perspektive zu verändern, kann man sich wenigstens ein gutes demokratisches Gewissen verschaffen, indem man sich als antifaschistischer Gegner der Rechten identifiziert. Anstatt fragwürdige soziale Strukturen und Prozesse zu verändern, die antidemokratische Einstellungen begünstigen, richtet man das Bemühen auf eine relativ unwirksame Moralisierung des öffentlichen Bewusstseins, das seinen Anhängern ein gutes Gewissen verschaffen kann, ohne dass sie um mehr Demokratie kämpfen müssen.

Die Verteidiger des Bestehenden in den etablierten politischen Institutionen propagieren heute gerne das „Zusammenführen statt spalten“, das „gemeinsame Gestalten sozialer Veränderungen“ oder den „Kompromiss“ als Zentrum einer demokratischen Politik. Sicherlich ist zur Abwehr der antidemokratischen Rechten ein Zusammenstehen von demokratischen Parteien notwendig und zweifellos werden heute viele politische Konflikte, vor allem im Internet, auf irrationale und demagogische Art ausgetragen, wodurch Brüche und Gräben erzeugt werden, wo ein rationales Zusammenwirken notwendig wäre. Das kann solchen Forderungen ihr Recht geben, aber gleichzeitig kann eine Parole wie „Zusammenwirken statt spalten“ auch die entschiedene Austragung von sozialen und politischen Konflikten behindern, die für gesellschaftliche Veränderungen unabdingbar sind.

Wo die Benachteiligten nicht bereit sind, sich auch in harten konflikthaften Auseinandersetzungen mit den Bevorzugten engagiert für mehr Teilhaberechte einzusetzen, kommt es meist nicht zu notwendigen sozialen Veränderungen hin zu mehr Gerechtigkeit und Demokratie. Die Gesellschaft braucht heute eher eine andere, fortentwickelte Konfliktkultur als das Bemühen um mehr Einverständnis und weniger Streit. Oppositionelle politische Positionen sollten immer rational begründet werden, aber sie fordern mitunter auch Verweigerungshaltungen, die über den um Verständnis bemühten Austausch hinausgehen. Wo es vor allem um Macht und mit ihr verbundene Interessen geht, kann Gegenmacht notwendig sein, die zwar rational begründet werden sollte, um irrationale Forderungen und Einstellungen abzuwehren, aber den Gegner nicht überzeugen muss. Ohne Formen des Widerstandes, des zivilen Ungehorsams oder Streiks können notwendige Veränderungen oft nicht durchgesetzt werden. Wo zum Beispiel Arbeiter in Betrieben um mehr Mitbestimmung kämpfen, eine jüngere Generation einer älteren Generation entschieden entgegentritt, um Erneuerungen möglich zu machen, oder Frauen sich engagiert ihrer Benachteiligung gegenüber Männern widersetzen, kommen allein mit verbalen Mitteln ausgetragene Konflikte leicht an eine Grenze. Aber solcher Widerstand ist natürlich in einer demokratischen Kultur immer auf den Gebrauch der Sprache zur Erzeugung von Öffentlichkeit, zur Entwicklung von politischen Programmen oder Strategien und zum Aussprechen von Befindlichkeiten angewiesen, während die Rechte bei ihren Kämpfen, die stärker militarisiert sind, stärker auf autoritäre Anordnungen setzen kann.

Wo die Konfliktaustragung von blindem Hass erfüllt ist und damit ein notwendiges Bemühen um Verständigung durch die Diskriminierung anderer erschwert wird, kann das meistens allenfalls durch eine Austragung von Konflikten überwunden werden, die zu sinnvollen Veränderungen führen. Der gemeinsame Kampf um soziale Verbesserungen kann zwar die Auseinandersetzung mit dem Gegner verschärfen, aber er kann auch zwischen den gemeinsam Kämpfenden Formen der Solidarität stiften, die ganz allgemein, also auch an anderer Stelle, sozialere Einstellungen voranbringen. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Studentenbewegung, die Frauenbewegung, die Friedensbewegung oder die Ökologiebewegung veränderte Formen der sozialen Konfliktaustragung mit sich gebracht, die zugleich die sozialen Beziehungen derjenigen, die an ihnen teilgenommen haben, bereichert haben. Solidarität entwickelt sich zumeist nicht allein durch Formen der verbalen Verständigung sondern eher durch die Erfahrungen, die verbunden mit gemeinsamen Kämpfen gemacht werden. Sie können vor allem mehr Vertrauen zu Mitstreitern stiften und neue Erfahrungswelten hervorbringen. Die Fridays-for-Future-Bewegung hat nicht nur das Verdienst, dass Kinder und Jugendliche in konflikthaften Auseinandersetzungen mit der etablierten Politik erfolgreich auf eine drohende Klimakatastrophe hingewiesen haben, sie hat auch das Verdienst, dass dabei soziale Phantasie und gemeinsames verantwortliches Handeln entwickelt wurden. Der Begriff der Solidarität war ursprünglich ein Kampfbegriff der Arbeiterbewegung, der für die von ihr ausgetragenen Kämpfe um soziale Verbesserungen eine zentrale Bedeutung hatte. Er diente nicht der Beschwörung einer allgemeinen Nächstenliebe, wofür er heute gerne benutzt wird, sondern einem notwendigen Zusammenstehen in Kämpfen um soziale Verbesserungen.

Die Parole „Zusammenführen statt spalten“, die auf soziale Integration ist, verleiht einer entschiedenen Austragung politischer und sozialer Konflikte leicht einen negativen Akzent. Sie proklamiert in gewisser Weise das Ja-Sagen von Menschen untereinander, unabhängig von ihrer verschiedenen Herkunft und ihren verschiedenen Interessenlagen. Das kann unter Umständen sinnvoll sein, aber sehr häufig ist in unserer Gesellschaft nicht das Ja-Sagen, sondern die Unfähigkeit Nein zu sagen, das zentrale politische und psychische Problem. Eine Kultur, die vor allem das Ja-Sagen zueinander proklamiert, erschwert es, dass Menschen zu sozialen Zumutungen, und denjenigen, die sie vertreten, entschieden Nein sagen können. Und wer nicht Nein sagen kann, kann auch nicht Ja sagen, nämlich zu denen, die ungerecht behandelt werden und sich dagegen wehren. Die übermäßige Angst vor dem Nein Sagen führt dazu, dass Menschen eine überangepasste Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten zeigen oder dann, wenn sie ihr Nein ausdrücken wollen, das mit falschen, destruktiven Mitteln tun. Wer nicht gelernt hat, gekonnt Nein zu sagen, tendiert dazu, Aggressivität gegen sich selbst zu richten oder sich gegenüber Menschen, die als feindlich erscheinen, mit einem blindem übersteigertem Hass in Stellung zu bringen. Nur wenn notwendige Konflikte klüger und angstfreier ausgetragen werden, ist es wohl auch möglich, den Gegner weniger verächtlich zu machen und Formen der zivilisierten Konfliktaustragung zu entwickeln. Der Kampf gegen den blinden Hass ist kaum allein durch eine Forderung nach mehr Menschenfreundlichkeit zu gewinnen, sondern allenfalls dadurch, dass Menschen lernen, anders mit ihren Aggressionen umzugehen und sie wirksamer in soziale Auseinandersetzungen einzubringen.

Mit der Parole »Zusammenführen statt spalten« verbindet sich üblicherweise die Forderung nach Kompromissen im Bereich der Politik. Sicherlich ist eine demokratische Politik, die nicht autoritären Machtworten gehorchen sollte, auf Kompromisse bei der Entscheidungsfindung angewiesen, aber diese Kompromisse garantieren keineswegs ihre Sinnhaftigkeit für notwendige soziale Veränderungen. Kompromisse können faule Kompromisse sein und die Zukunft verschließen, anstatt sie offen zu halten. Kompromisse, die heute eingegangen werden, können Veränderungsbedürftiges verfestigen, wo Kompromisse heute verweigert werden, kann sich in der Zukunft eine Konstellation ergeben, die vernünftiger politische Lösungen erlaubt. Die pragmatische Orientierung nur am gegenwärtig Machbaren kann das notwendige Nachdenken über längerfristige Zukunftsperspektiven verhindern. In nicht wenigen Fällen taucht die Frage auf, ob es bei bestimmten politischen Fragen überhaupt sinnvolle Kompromisse geben kann. Wenn man zum Beispiel aufgrund wissenschaftlicher Einsichten erkannt hat, dass die Zukunft der Menschheit durch eine drohende Klimakatastrophe sehr stark gefährdet ist, die umfassende gesellschaftliche Veränderungen notwendig macht, sollte man wohl keine Kompromisse mit denen schließen, die das Bestehende nur ein wenig verändern und es so letztlich mit fatalen Konsequenzen bewahren wollen. Das Aushalten politischer Konflikte, für die es heute keine Lösung gibt, kann längerfristig, unter anderen sozialen Konstellationen, gewandelte Einstellungen und durch sie mögliche veränderte Handlungsperspektiven zulassen. Grundlegende soziale Veränderungen brauchen Zeit, damit theoretische Perspektivem für ein verändertes Handeln entwickelt werden können, ebenso wie für die Fähigkeit, aus unvermeidbaren Niederlagen zu lernen, ohne vor dem Bestehenden zu kapitulieren.

Wie eine unterbliebene aber notwendige Konfliktaustragung im Interesse von mehr sozialer Gerechtigkeit zu Formen irrationale Konfliktaustragung führt, kann am Beispiel der Vereinigten Staaten gezeigt werden. Bezogen auf die Vereinigten Staaten wird von Kommentatoren immer wieder betont, welchen destruktiven Charakter die politischen Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Republikanern dort angenommen haben, die notwendige politische Kompromisse kaum möglich machen. Das ist nicht falsch, aber es nimmt meist nicht zur Kenntnis, dass diese fatale Austragung von Konflikten zum Hintergrund hat, dass entscheidende soziale Konflikte kaum ausgetragen werden. Es hat seine entscheidende Ursache darin, dass die Benachteiligten den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten zu führen kaum imstande sind. Die Konflikte zwischen Armen und Reichen sind weitgehend stillgestellt und werden in Konflikte von verarmten oder vom sozialen Abstieg bedrohten Weißen mit Schwarzen, nicht konformen sozialen Minderheiten oder Ausländern verschoben. Man muss den Nationalismus verstärken, wenn man die wahren Gegensätze im eigenen Land verschleiern will, was Donald Trumps „America-First“-Politik erfolgreich unternimmt. Der Milliardär Trump, der vorgibt die kleinen Leute zu vertreten, ist auf ideale Art dazu geeignet zu verhindern, dass die Konflikte zwischen Armen und Reichen entschiedener und produktiver zur Austragung kommen und stattdessen auf fatale Art umgeleitet werden. Das kann den Benachteiligten helfen, sich durch die Identifikation mit dem Phantasma eines machtvollen Amerika narzisstisch aufzuladen, hilft ihnen aber kaum, ihre soziale Lage zu verbessern.

Der Einfluss der radikalen Rechten schwächt die Demokratie; diejenigen, die mit ihr sympathisieren, entziehen der Demokratie Energien und Wählerstimmen. Aber auch etablierte Parteien, die darauf aus sind, Bestehendes gegen die Rechten im Namen der Demokratie zu verteidigen, können das Engagement für die Demokratie schwächen, wenn es dem Bestehenden noch an Demokratie mangelt und sie die Kritik daran blockieren. Wo etablierte demokratische Parteien sich zusammenschließen, um Bestehendes gegen die Rechte zu verteidigen, kann das sinnvoll und notwendig sein, um existierende demokratische Errungenschaften zu sichern, aber es kann es auch begünstigen, dass bestehende Verhältnisse auf tendenziell konservative Art festgeschrieben werden oder dass es zumindest diesen Eindruck macht. Dass die etablierten Parteien heute oft kaum in der Lage sind, notwendige gesellschaftliche Veränderungen zu bewerkstelligen, kann dadurch verschleiert werden, dass sie sich als engagierte Vertreter der Demokratie positionieren, die gemeinsam das Bestehende gegen die Rechte verteidigen. Die etablierten Parteien nutzen so unbewusst die Rechten, um den Status Quo abzusichern. Der „Zusammenschluss der Demokraten“ kann zugleich den Eindruck erwecken, dass die radikalen Rechten die einzigen sind, die das Bestehende nicht akzeptieren. Auf Grund der Entschiedenheit, mit der sie bekämpft werden, können sie als die einzig wirkliche Opposition erscheinen; eine besondere Aufmerksamkeit für die Rechte kann so dafür sorgen, dass sie die politischen Debatten weitgehend bestimmt. Das ist vor allem dann möglich, wenn es keine linke Oppositionsbewegung mit breiter Unterstützung gibt, die dem Willen zu Veränderungen einen vernünftigen und zugleich kämpferischen Ausdruck zu verleihen vermag.

Der Kampf von Parteien ist für eine Demokratie wesentlich, wenn er nicht nur als Kampf um Macht, sondern zugleich auch als Ringen um die Entwicklung und Durchsetzung von Perspektiven zur Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft in Erscheinung tritt. In seiner heutigen Gestalt wird er aber häufig bloß als Parteienstreit erfahren, der sich kaum mit den entscheidenden gesellschaftlichen Problemen beschäftigt, die heute die Demokratie bedrohen und vielen Bürgern Sorgen bereiten. Die Politik in ihrer heute vorherrschenden Gestalt wird so in gewisser Weise immer unpolitischer. Die Bedrohung der Demokratie geht heute nicht in erster Linie von rechten Parteien aus, sondern von den undemokratischen Potenzialen, die in unserer Gesellschaft wirksam sind und die erst antidemokratische Bewegungen hervorbringen. Die zentrale Bedrohung der Demokratie geht heute von einem wachsenden Einfluss machtvoller, demokratisch nicht kontrollierter ökonomischer Interessen auf die Sphäre der Politik aus. Die Gefährdung der Demokratie wurzelt vor allem in einer wachsenden Durchkapitalisierung der Gesellschaft, die einen Kältestrom mit sich bringt, der die Beziehungen zwischen den Menschen erkalten lässt. Soziale Kälte ist aber das, was, nach Adornos Einsicht, die Beziehungen zwischen Tätern und Opfer im Nationalsozialismus vor allem kennzeichnete. Demokratiefeindliche Mentalitäten wurzeln in einer zunehmenden Kolonialisierung aller Lebenswelten durch ihre Kommerzialisierung, die Selbsttätigkeit und Handeln vertreiben, das nicht primär ökonomischen Interessen dient. Die wachsende Konzentration des Kapitals in wenigen Händen hat dem selbstständigen Mittelstand und dem Bauernstand zunehmend den Garaus gemacht. Die extreme Ungleichverteilung des Eigentums und der mit ihr verbundenen Bildungschancen stehen den Einflussmöglichkeiten der unteren Sozialschichten auf die Politik entgegen. Die Durchsetzung des Internet hat neue soziale und ökonomische Möglichkeiten geschaffen, aber sie kann auch eine Vernetzung der Menschen besorgen, die zu einem System umfassender sozialer Kontrolle tendiert. Die Digitalisierung der Produktion geht für viele Arbeitskräfte mit der Bedrohung einher, sich als potentiell Arbeitslose erfahren zu müssen. Solche Tendenzen fordern zu ihrer Abwehr eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsrechte in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Die Demokratie kann heute nicht nur durch eine Verteidigung des Bestehenden gerettet werden, sie verlangt das Ringen nicht nur um ihre permanente Verteidigung, sondern vor allem auch um ihre Ausweitung. Nur diese ist letztlich in der Lage, totalitären Entwicklungen entgegenzuwirken, die unsere Gesellschaft bedrohen.